Schneider-Zeitung

Erscheint alle 14 Tage Samstags. Abonnementspreis pro Quartal 1 M. ohne Bestellgeld. Abonnements-Bestellungen nimmt jede Postanstalt entgegen. Bei Zusendung unter Kreuzband 1.20 M. Verbandsmitglieder erhalten das Organ gratis.

Organ des Verbandes christlicher Schneider, Schneiderinnen und verwandter Berufe Deutschlands.

Herausgegeben vom Zentralvorstande.

Geschäftsstelle Köln a. Rhein, Palmstraße 14. — Telefon B 1547.

Redaktion und Expedition Köln a. Rh., Palmstraße 14.

Bestellungen für direkte Zusendung, Anzeigen ꝛc. sind an die Geschäftsstelle zu richten.

Redaktionsschluß: Montag-Mittag.

Nr. 2. | Köln, den 25. Januar 1913. | 10. Jahrgang.

Ein Pionier des sozialen Fortschritts.

(Zum 70. Geburtstag Hans Hermann Frh. v. Berlepsch.)

Wenn wir uns das stattliche Gebäude unserer Arbeitergesetzgebung in Deutschland: Arbeiterversicherung, Arbeiterschutzgesetzgebung, betrachten und uns rühmen, daß unser Vaterland unter den modernen Kulturländern auf dem Gebiete der gesetzlichen Sozialreform an der Spitze steht, so gedenken wir gern jener Männer, die mit ungeheurer Mühe, Aufopferung und selbstloser, hingebender Arbeit geholfen haben, diese Gesetzgebung zu schaffen. Wir zollen gern und freudig jenen Männern unsere vollste Anerkennung, und unseren herzlichsten Dank, welche in einer Zeit die soziale Gesetzgebung gefördert haben, als die Arbeiterschaft selbst infolge der Schwäche ihrer Organisationen noch nicht so in der Lage war, hier mitzuarbeiten, wie dies gegenwärtig der Fall ist. Unter jenen Persönlichkeiten ragt ganz besonders ein Mann hervor, der am 30. März ds. Js. seinen 70. Geburtstag feiert; das ist der uns allen bekannte, in unserer christlichen Arbeiterschaft geachtete und beliebte Vorsitzende der Gesellschaft für Soziale Reform, Freiherr von Berlepsch. Wir feiern in ihm nicht bloß den Staatsmann, der in seiner Eigenschaft hervorragend mitgeholfen hat, die Arbeiterschutzgesetzgebung zu schaffen, sondern auch den Mann, der nach seiner Ministerzeit das Banner des sozialen Fortschritts ebenso klug wie entschieden und erfolgreich allen jenen bürgerlichen Kreisen vorangetragen hat, die sich auf dem Boden der Gesellschaft für Soziale Reform ohne Rücksicht auf ihre Parteistellung zusammengefunden haben. Schon heute lenken wir deshalb die Aufmerksamkeit unserer Mitglieder auf jenen Festtag, den wir mit ganzer Seele mitfeiern wollen.

Freiherr von Berlepsch begann in den 80er Jahren seine Staatslaufbahn als Landrat in Oberschlesien, war später Regierungspräsident von Düsseldorf und für kurze Zeit Oberpräsident der Rheinprovinz. Die Umgebung, in die er hier gestellt wurde, war so recht geeignet für einen sozialen, warmfühlenden Menschen, wie er es war, mit den Nöten und Beschwerden und den Wünschen der Arbeiterschaft bekannt zu werden. Eine scharfe Beobachtungsgabe, gepaart mit dem ernsten Willen, Mißstände zu beseitigen, ließ in ihm die Idee reifen, zu deren Durchführung ihn der junge Kaiser und König Wilhelm II. im Jahre 1890 in das preußische Handelsministerium berief. Am 4. Februar 1890 ergingen die berühmten Arbeitererlasse des Kaisers, von denen der eine die internationale Verständigung über den Arbeiterschutz förderte, der andere den deutschen Arbeitern ein höheres Maß von Schutz für Leben und Gesundheit und die Gleichberechtigung im Arbeitsvertrag mit den Arbeitgebern in Aussicht stellte. Schon im März desselben Jahres fand die bekannte und berühmte deutsche internationale Konferenz der Industriestaaten Europas in Berlin statt. Freiherr von Berlepsch war ihr Vorsitzender. Wenn die Beratungen auch damals nicht zum Abschluß von Verträgen geführt haben, so hat doch die gesamte Sozialpolitik durch diese Konferenz einen starken Anstoß erhalten, der grundlegend war für die sozialen Fortschritte in den meisten Kulturländern.

Am stärksten war die Wirkung in Deutschland. Der in den 80er Jahren geschaffenen Arbeiterversicherung folgte nunmehr die lang geforderte Reform der Arbeiterschutzgesetzgebung. Dem Reichstag wurde im Jahre 1890 eine aus den Händen des Freiherrn von Berlepsch hervorgegangene Neugestaltung der wichtigsten Teile der Gewerbeordnung vorgelegt. Erweiterung und Verschärfung der Sonntagsruhe, Sicherung der Lohnzahlung, Durchführung der Fortbildungsschule, gesundheitlicher und sittlicher Schutz der Arbeiter in den Betrieben, hygienischer Maximalarbeitstag für Männer, Höchstarbeitstag für Frauen, Besserordnung der Arbeit für jugendliche Arbeiter, Verbot gefährlicher Arbeit für Frauen und Jugendliche, Verschärfung der Fabrikaufsicht; das war der bedeutsame Inhalt der Reformen dieser Arbeiterschutzgesetze, die mit dem Namen des Freiherrn von Berlepsch ewig verbunden bleiben. Gleichzeitig wurde der bekannte Beirat für Arbeiterstatistik eingesetzt, der für einzelne Gewerbe mit überlangen Arbeitszeiten Erhebungen und Schutzvorschläge machen sollte. Die segensreiche Tätigkeit dieses Beirats ist bekannt, wenn er auch leider gegenwärtig nichts mehr von sich hören läßt. Durch ihn wurden untersucht die Verhältnisse im Bäckereigewerbe, Gastwirtsgewerbe, Gewerbe der Stellenvermittlung, der Heimarbeit, ganz besonders der Konfektion- und Wäschebranche usw. Gleichzeitig erfolgte die Errichtung von Gewerbegerichten auf Grund der Arbeiterschutzgesetze, die für die Erledigung von Streitigkeiten aus dem Arbeitsverhältnis so ungemein segensreich gewirkt haben und bis heute noch wirken.

Das energische Vorgehen in der Sozialreform durch Freiherrn von Berlepsch weckte jedoch mächtige Gegner. Das Scharfmachertum stürzte mit aller Gewalt gegen diesen sozialen Minister an, und wenn Freiherr von Berlepsch sich nicht dadurch beirren ließ, den eingeschlagenen Weg ruhig und fest weiter ging, so gelang es doch der gegnerischen Strömung unter dem Reichskanzler Hohenlohe, eine Schwenkung im sozialpolitischen Kurs durchzusetzen der vorübergehend zu einem vollständigen Stillstand der Sozialpolitik führte. Noch gelang es von Berlepsch, die Bundesratsverordnung über die Arbeitszeit in Bäckereien durchzuführen, dann nahm er seinen Abschied, nachdem er die Einsicht gewann, daß für seine soziale Arbeit in der Regierung kein Platz mehr war.

Nunmehr aber folgte ein Abschnitt sozialer Tätigkeit des verehrten Jubilars, die ihm ganz besonders zur Ehre und zum Ruhm gereicht. Er zog sich nicht zurück ins Privatleben, sondern stellte sich nunmehr an die Spitze einer Gruppe gleichgesinnter sozial denkender Männer, um mit ihnen gemeinsam die sozialen Ideen aus dem Volke heraus zur Geltung zu bringen. 1896 gründete er mit angesehenen Männern der verschiedensten Parteien und Berufe, wie Hitze, Brandts, Schmoller, Roesike, Merton, Geibel, von Rottenburg, Francke u. a. die Zeitschrift: Soziale Praxis, als Organ der bürgerlichen Sozialreform. Kurze Zeit nachher erfolgte die Gründung der Gesellschaft für Soziale Reform, und nach dem verunglückten internationalen Arbeiterschutzkongreß in Zürich im Jahre 1897 legte er den Grundstein zu der heutigen Internationalen Vereinigung für gesetzlichen Arbeiterschutz, deren Gründung 1900 in Paris vollzogen wurde.

In diesen Gruppen wurde Freiherr von Berlepsch nunmehr der Träger der sozialpolitischen Reformidee. Seine Persönlichkeit steht von nun an im Mittelpunkte aller sozialpolitischen Arbeiten, sowohl auf nationalem wie internationalem Gebiete. Nicht bloß im Rahmen unseres Vaterlandes, sondern weit darüber hinaus genießt er die größte Hochachtung und das herzlichste Vertrauen. Sein Wort galt in allen schwierigen Situationen als entscheidend. Mit bewundernswerter Frische, Herzlichkeit und Zähigkeit hat er sich diesen Arbeiten gewidmet und hat die Genugtuung erlebt, daß nicht nur seine Ideen in unserem engeren Vaterlande praktische Gestaltung in der Gesetzgebung annahmen, sondern zwei internationale Arbeiterschutzverträge, dem voraussichtlich noch in diesem Jahre ein dritter folgen wird, waren ebenfalls der Erfolg seiner Arbeit. Ganz besonders aber hat Freiherr von Berlepsch die weitgehendsten und herzlichsten Sympathien der christlichen Arbeiterschaft sich errungen. Es war ihm nicht zu gering, trotz seines hohen Alters und seiner angesehenen Lebensstellung in den Versammlungen der christlichen Arbeiter zu sprechen. Zu Tausenden haben unsere Freunde ihm gelauscht und seinen trefflichen Ideen stürmischen Beifall gezollt. Er selbst ist ein warmer Freund unserer christlichen Gewerkschaftsbewegung und hat sich mehr als einmal in der anerkennendsten Weise über unsere Bewegung ausgesprochen. Auf unserem letzten Kongreß in Dresden hatte er in hochherziger Weise das Referat über das tarifliche Einigungswesen übernommen. Die Schaffung eines Reichseinigungsamtes, um möglichst die Arbeitskämpfe auf friedlichem Wege zu erledigen, ist eine seiner Lieblingsideen, die er gegenwärtig mit besonderer Energie vertritt. Die christliche Arbeiterschaft kämpft mit ihm für dieses Ziel.

Es ist nicht zu viel gesagt, wenn wir in Herrn Freiherrn von Berlepsch eine Persönlichkeit bewundern, die ihren schönsten Lohn findet in hoher Pflichterfüllung und selbstlosester Arbeit im Dienste der Arbeiter und Angestellten mit dem Ziele, das harte Loos des arbeitenden Volkes zu lindern und ihm den Weg zu ebnen zu einem kraftvollen Aufstieg in wirtschaftlicher und kultureller Hinsicht. Es ist deshalb nicht bloß ein Gebot dankbarer Pflicht, sondern ein Herzensbedürfnis für uns alle, wenn wir den Freund und Führer der bürgerlichen Sozialreform, dem Meister des internationalen Arbeiterschutzes zu seinem Ehrentage, am 30. März, unsere herzlichste und innigste Dankbarkeit zu erkennen geben. Erst die spätere Geschichte wird ihm den gebührenden Ehrenplatz in der Sozialpolitik unserer Zeit anweisen. Wir aber halten es für unsere Ehrenpflicht, unserer Dankbarkeit nicht bloß in Worten Ausdruck zu verleihen, sondern auch mitzuhelfen, die von ihm geschaffenen Werke, ganz besonders die Gesellschaft für Soziale Reform, auf das nachdrücklichste zu unterstützen und zu fördern und ihre Leistungsfähigkeit zu erhöhen. Die christliche Arbeiterschaft wird ihren Opfersinn dadurch beweisen, daß sie sich in umfangreicher Weise daran beteiligt, das Werk Frh. von Berlepsch's sicherzustellen. Wir bitten unser Freunde u. Beamten, Ortsgruppenvorstände u. Vertrauensmänner, wenn demnächst der Ruf an sie ergeht, sich an einem Werke zu Ehren Freiherrn von Berlepsch's zu beteiligen, sich dem mit allem Nachdruck und mit der bekannten Opferwilligkeit zu unterziehen, die unsere christliche Arbeiterschaft von jeher ausgezeichnet hat. Der Wahlspruch, den Freiherr von Berlepsch für seine Tätigkeit sich selbst gewählt hat, „Gerechtigkeit allen, den Schwachen Schutz und Hilfe", soll auch unser Wahlspruch sein, und an uns soll es liegen unter diesem Wahlspruch die großen Kulturaufgaben der Sozialen Reform immer weiter zur Geltung und Durchführung zu bringen.

* * *

Christliche Gewerkschaften und kath. Arbeitervereine.

Zu dem Streit um die christlichen Gewerkschaften hat der Hochw. Bischof von Rottenburg an die Geistlichkeit einen Erlaß gerichtet, in welchem der Hochw. Herr für die christl. Gewerkschaften Stellung nimmt. Der Erlaß wurde auch den Diözesanleitungen der katholischen Arbeitervereine zugestellt. Aus dem beigefügten Begleitschreiben geht hervor, daß die Diözesanleitung der katholischen Arbeitervereine der Diözese Rottenburg in Uebereinstimmung mit ihrem Bischof die Einführung von katholischen Fachabteilungen des Berliner Systems ablehnt. Es erscheint wichtig, auch die Gründe zu hören, die zu dieser Stellungnahme geführt haben. Deshalb wird eine genauere Mitteilung des Hauptinhalts des Rottenburger Ausschreibens angebracht erscheinen:

Einleitend wird darauf hingewiesen, daß mit dem Erlaß des Herrn Bischofs, der schon vor dem Essener Kongreß erfolgte, die Stellungnahme zur Gewerkschaftsfrage völlig geklärt sei. Es folgt eine Kritik der verschiedenen Gewerkschaftsrichtungen. Die sozialdemokratischen Gewerkschaften, die sich nach der Enzyklika Leiß um die Seele der katholischen Arbeiter bemühten, werden in dem Rundschreiben „nach wie vor strikte abgelehnt und verworfen". Es sei Seelsorgerpflicht im eminenten Sinne des Wortes, die katholischen Arbeiter offen und klar immer wieder auf die offenkundige Religionsfeindlichkeit der freien Gewerkschaften hinzuweisen, und sie vor dem Eintritt in dieselben zu warnen. Aus ähnlichen Gründen werden auch die Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine abgelehnt, die in Württemberg in zum Teil überwiegend katholischen Ortschaften Fuß gefaßt haben; diese Vereine hätten in ihren Organen in den letzten Jahren eine große Anzahl Artikel veröffentlicht, welche direkt kirchen- und religionsfeindlich sind. Auch die sogen. gelben Gewerkschaften werden aus bekannten Gründen abgelehnt.

„Fachabteilungen" nach Berliner Art, so heißt es dann weiter, können für Württemberg auch nicht in Betracht kommen. Nicht wegen ihres konfessionellen Charakters dieser sei im Gegenteil vom religiösen Standpunkt aus als das Idealere anzusehen — werden die Fachabteilungen abgelehnt, sondern weil sie einem vollständig verfehlten Wirtschaftssystem huldigen und zu den Fragen der modernen Arbeiterbewegung eine Stellung einnehmen, welche den katholischen Arbeiter direkt zur Hilflosigkeit verurteilte. Das Schreiben fährt dann fort:

Es ist in der Hitze des Kampfes um die Gewerkschaftsenzyklika viel zu wenig beachtet worden, daß dieses Wirtschaftssystem in derselben mit keinem Wort empfohlen wird. Es ist unseres Erachtens im Gegenteil durch die Aufnahme des Wortes „Streik" in den Kontext stillschweigend anerkannt worden, daß das moderne Wirtschaftsleben Möglichkeiten und Verhältnisse schaffen kann und mit sich bringt, welche die Waffe des Streiks als letztes Mittel sittlich erlaubt und berechtigt machen.

Wenn wir die christliche Arbeiterbewegung ihres gewerkschaftlichen Charakters entkleiden, dann ist es uns unmöglich, bei den Tarifverhandlungen mit den Arbeitgebern und deren Verbänden praktische Fortschritte und Vorteile für unsere Arbeiter zu erreichen. Die allgemeine Annahme des Berliner Wirtschaftssystems auf unserer Seite müßte zur Folge haben, daß den übermächtigen sozialdemokratischen Gewerkschaften eine Monopolstellung innerhalb der Arbeiterschaft und Arbeiterbewegung eingeräumt würde, die in absehbarer Zeit auch unsere katholische-konfessionellen Standesvereine schädigen, und in ihrer Existenz schwer gefährden müßte. Wir können und dürfen die Vertretung der berechtigten wirtschaftlichen Interessen der Arbeiterschaft nicht den glaubens- und kirchenfeindlichen Arbeiterorganisationen allein überlassen; wir brauchen vielmehr neben unseren beruflich gemischten konfessionellen Arbeitervereinen noch eine Gewerkschaftsorganisation, die imstande ist, in wirksamer Weise zu den wirtschaftlichen und beruflichen Fragen ihrer Mitglieder wie der deutschen Arbeiterschaft überhaupt Stellung zu nehmen.

Demnach bliebe nur zu erwägen, ob nunmehr eigentliche konfessionell-katholische Gewerkschaften (nicht Fachabteilungen) zu gründen seien. Die Erfahrungen aber, die der süddeutsche Verband katholischer Arbeitervereine in den 90er Jahren mit der Gründung solcher konfessioneller Fachabteilungen (neben und in den katholischen Arbeitervereinen) gemacht habe, könnten vor einem weitern Versuche nur warnen:

Die Fachabteilungen waren und blieben so gut wie einflußlos; sie kamen in ihrer Mitgliederzahl nicht vorwärts, und wurden wegen ihres konfessionellen Charakters besonders von nichtkatholischen Arbeitgeber bei Tarifverhandlungen und auch sonst abgelehnt. Unsere Stellung als konfessionelle Minorität, die Uebermacht der geschlossen einen und einheitlichen sozialdemokratischen Gewerkschaftsbewegung, die Freizügigkeit und nicht zuletzt die Tatsache, daß christliche (konfessionell gemischte) Gewerkschaften nun einmal bestehen, und daß viele katholische Arbeiter wohlerworbene Rechte in denselben besitzen, schrecken entschieden von dem Versuch einer konfessionellen Neugründung ab.

Es folgt dann die Schlußfolgerung:

Somit bleibt uns nur übrig, an der bei uns bewährten christlichen (interkonfessionellen) Gewerkschaftsorganisation festzuhalten. Durch die Enzyklika ist einwandfrei festgestellt, daß es einem Katholiken erlaubt ist, derselben anzugehören, und daß eine Verketzerung eines Katholiken wegen dessen Zugehörigkeit zur christlichen Gewerkschaftsbewegung ein für allemal aufzuhören hat. Und der Bischof, als der zuständige Interpret des päpstlichen Willens für unsere Diözese, will für unser Land neben den christlichen Gewerkschaften keine neue Berufsorganisation gegründet sehen.

Betont wird dann noch, daß die konfessionellen Arbeiter-, Arbeiterinnen-, Gesellen-, Jugend- und sonstigen Standes-Vereine an den christlichen Gewerkschaften einen starken Rückhalt gefunden haben, und daß ohne diese im Wirtschaftskampf sich Geltung verschaffende Gewerkschaftsorganisation im Laufe der Jahre auch die Voraussetzungen für das Gedeihen der konfessionellen Vereine immer mehr schwinden würden. Der Schluß bildet eine kräftige Aufforderung, beide Organisationen, sowohl die christlichen Gewerkschaften wie die katholischen Standesvereine, energisch zu fördern. In bezug auf letztere wird u. a. noch bemerkt, in der Erfassung und Zusammenfassung aller sozialen Kräfte in guten Standesorganisationen beruhe der dauernde Erfolg. Die religiöse, geistige und sittliche Hebung der breiten Volksmassen sei in unserer Zeit so notwendig wie das tägliche Brot. Möge deshalb die Geistlichkeit in uneigennütziger Weise ihr Wissen und Können, wo irgend möglich, in den Dienst katholisch-sozialer Standesarbeit stellen und unserem Volke, vor allem unserer Arbeiterschaft, Freund, Führer und Berater sein. „Aus einer groß und einflußreich gewordenen christlich-nationalen Arbeiter- und Volksbewegung — so klingt das beobachtenswerte Schreiben aus — werden Kirche und Vaterland Nutzen ziehen."

* * *

Weil sie als Unorganisierte kein Recht hätten.

Kürzlich spielte sich in D. eine recht interessante, aber auch ziemlich hartnäckige Lohnbewegung ab. Es galt nicht allein, um Lohnverschlechterungen abzuwehren, sondern auch um eine Lohnerhöhung durchzudrücken. Beide Parteien, Arbeitgeber und -nehmer, zeigten zähen Widerstand in der Erkämpfung ihrer Ziele. Aber dank der guten Schulung und starken Ausdauer der christlich-nationalen Arbeitnehmer mußte das Beginnen des Arbeitgebers, Abzüge zu machen, sich in Lohnzulagen umwandeln. Ein Tarifvertrag mit Lohnerhöhung und Anerkennung der Organisation war des Kampfes Preis. Wie jede Bewegung ihre Begleiterscheinungen hat, so auch diese. Eine ganze Anzahl der in Frage kommenden Arbeiter glaubten, überhaupt keine Organisation nötig zu haben, andere wieder betrachteten den Verband als einen Taubenschlag, in dem man nur so ein- und ausfliegen könnte. Als diese unorganisierten Arbeiter aber durch die erfolgreiche Bewegung ihre Löhne ebenfalls erhöht sahen, da schlug ihnen das Gewissen und sie meldeten sich freiwillig als Mitglied mit der Begründung an, daß sie fortan treue Verbandsmitglieder bleiben wollen, **weil sie als Unorganisierte kein Recht hätten, die Lohnerhöhung zu genießen, nachdem diese erst durch die Organisation erreicht wurde.**

Das war ein Verhalten, ein logisches Handeln, wie man es sich als alter Gewerkschaftler nur wünschen kann. Ein Vorbild solchen einsichtigen Arbeitern. Ein solches Beispiel verdient, **daß es von denen, die es angeht,** nachgemacht wird.

Leider können und wollen viele Unorganisierte sich zu einer solchen Erkenntnis nicht aufschwingen. Aber Aufgabe unserer Mitglieder muß es sein, obigen Ausspruch den nichtorganisierten Kollegen gegenüber sehr oft zu wiederholen. Außerdem muß ihnen aber auch gesagt werden, daß nur durch die Organisation Lohnverbesserungen behauptet, und Tarifverträge durchgeführt werden können.

Wo ist die Macht, der wirtschaftliche Rückhalt, der Unorganisierten um den Fortbestand eines Tarifvertrages zu sichern und wo ist ihre Leitung, welche über Gestaltung der Arbeits- und Lohnverhältnisse mit den Arbeitgebern verhandelt? Nichts von alledem, aber um so mehr persönlichen Eigennutz, der sie hindert — nein, verblendet, für die Interessen des ganzen Standes und damit auch für sie selbst ein Opfer zu bringen. Für den mit Eigennutz behafteten Arbeiter fällt es allerdings schwer, ein — Opfer — in Gestalt fortlaufender Wochenbeiträge zu bringen, wovon er morgen nicht schon das Doppelte herausholen kann. Ganz anders der Gewerkschaftler! Er betrachtet die wöchentlichen Beiträge zur Organisation nicht als Opfer, sondern als freiwillige, dauernde Pflichtbeiträge, geboren aus dem Begriff der Solidarität, und der Notwendigkeit.

Wenn schon Behörden Gewerkschaftsbeiträge als Pflichtbeiträge anerkennen, und vom steuerbaren Einkommen in Abzug gebracht werden können, dann kann man schon mit vollem Recht von einer Pflichtverletzung sprechen, die jene Unorganisierte sich zu Schulden kommen lassen, die trotz Aufforderung, sich zu organisieren, auf ihrem ablehnenden Standpunkt verharren. Es kommt aber noch hinzu, daß unsere fortschreitende Entwicklung im Tarifvertragswesen doch nicht spurlos an den nichtorganisierten Kollegen vorbeigegangen ist, noch vorbeigeht, um sagen zu können, sie hätten sich von der fruchtbringenden Tätigkeit unserer Organisation noch nicht überzeugen können. Und ist es nicht Ironie, wenn ein Nichtorganisierter auf der Werkstatte den Tarif zur Hand nimmt, um sich zu vergewissern, ob er auch seinen richtigen Lohn bekommt, wie es der Tarif vorschreibt, obschon er eigentlich gar kein Recht hätte auf den Tariflohn. Aber der krasse Egoismus bringt eben alles fertig. Demgegenüber muß es für unsere Organisierten eine freudige Aufgabe sein, die notwendige Aufklärung unter die nichtorganisierten Kollegen zu tragen. Dazu diene man sich der Hausagitation, an der sich alle Mitglieder beteiligen sollten. Wer sich die großen Kämpfe in unserem Gewerbe, der Jahre 1905, 1907 und 1912 näher betrachtet, der kann nicht gedanken- und tatenlos bei Seite stehen. Vergegenwärtigen wir uns noch den kommenden Reichstarif, der vielleicht auch unter schweren Wehen geboren wird, so dieße es tatsächlich den Ernst der Zeit verkennen, wollte man in der Agitation Gemehr bei Fuß stehen. Darum auf zur ausdauernden und zielbewußten Werbearbeit! Noch ist es Tag, da rühre sich der Mann!

R.

* * *

Eine sozialdemokratische Frechheit.

Das Gebahren des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbändler gegen christlich organisierte Mitarbeiter treibt immer widerlichere Blüten. Bei der Firma Ponzeler in Hilden bei Düsseldorf verlangten die Mitglieder des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes die Entlassung von zwei christlich organisierten Arbeitern und traten, als die Firma dieser terroristischen Forderung nicht nachkam, in den Streik. Dieser Tatbestand mußte selbst von dem sozialdemokratischen Beamten Bergel-Düsseldorf zugegeben werden. Der hier in Rede stehende nichtswürdige Terrorismus gegen andersgesinnte Arbeiter hat sich nicht etwa hinter dem Rücken der verantwortlichen Organisationsleiter zugetragen, sondern diese Instanzen billigen und stützen diesen Gewaltstreich noch, indem sie die Firma in ihren Organen als gesperrt erklären.

Von den christlichen Arbeitern wird ein vernünftiger Mensch selbstverständlich nicht verlangen können, daß sie sich von den Genossen widerstandslos von den Arbeitsstellen verdrängen lassen. Sie taten deshalb das in diesem Falle einzig Mögliche und schickten die zur Zeit verfügbaren arbeitslosen Verbandskollegen in den Betrieb hinein.. Sie schuldeten das in diesem Falle ihrer Selbstachtung. — Die Genossen aber erlauben sich jetzt die Frechheit, im „Vorwärts" vom 10. Januar und in anderen roten Blättern, dem christlichen Metallarbeiterverband „Arbeitswilligenvermittelung nach einem bestreikten Betrieb" vorzuwerfen. — Diese Heuchlergesellschaft!

Das eine sollen sich die sozialdemokratischen Terroristen gesagt sein lassen: Der christliche Metallarbeiterverband wird mit aller Entschiedenheit gegen die Verdrängung seiner Mitglieder von den Arbeitsstellen ankämpfen. Sollten dabei einige rote Terroristen unter die Räder kommen, so haben sie sich das selbst zuzuschreiben.

Durch das entschiedene Vorgehen des christlichen Metallarbeiterverbandes haben die Terroristen in Hilden mittlerweile schon klein beigeben müssen. Ihr Putsch zur Brotlosmachung christlich organisierter Mitarbeiter ist elendiglich im Sande verlaufen. Recht so! — Die noch nicht organisierten christlich-national gesinnten Metallarbeiter, die nicht über kurz oder lang in die Gefahr kommen wollen, nach der Pfeife sozialdemokratischer Terroristen tanzen zu müssen, sollten möglichst bald aus dem Vorstehenden die Konsequenzen ziehen und sich im eigenen Interesse der für sie einzig in Betracht kommenden christlichen Organisation anschließen. Je geschlossener die christlich-national gesinnte Arbeiterschaft dasteht, je nachhaltiger wird sie den Sozialdemokraten die Lust an derartigen Gewalttätigkeiten versalzen können.

* * *

Steuerleistung und Arbeitslosigkeit.

Die „Kölnische Zeitung" veröffentlichte vor kurzem zu obiger Frage eine Zuschrift, die die Beachtung auch in weiteren Arbeiterkreisen verdient.

„Die Frage", heißt es da, „ob bei eintretender unverschuldeter Arbeitslosigkeit die Steuerleistung aufzuhören habe, ist bis jetzt nicht immer einheitlich von den Einschätzungsbehörden behandelt worden. Die einschlägigen Bestimmungen ließen viele Deutungen zu. Es ist beabsichtigt, diese Frage bei der Steuerreform endgültig und einheitlich zu regeln. Schon in der Steuerkommission ist die Frage angeschnitten worden, und es konnte kein Einverständnis mit dem Finanzministerium erzielt werden.

Nach der gegenwärtigen Rechtslage kann bei allen den jenigen Steuerpflichtigen auf ihren Antrag eine Ermäßigung der Einkommensteuer erfolgen, deren Einkommen infolge Wegfalls einer Einkommensquelle sich um mindestens ein Fünftel gegen die Veranlagung des laufenden Steuerjahres verringert hat. Dieser Fall trat ein, wenn ein kaufmännischer Angestellter stellenlos wurde, ein Arzt seine Praxis aufgab oder ein Beamter in Pension ging. Bei gewerblichen Arbeitern lag die Sache aber anders. Das Oberverwaltungsgericht hat entschieden, daß der Lohnarbeitern Arbeitslosigkeit nicht als Verlust einer Einkommensquelle anzusehen sei, da die in Betracht kommende Einkommensquelle, die Körperkraft, nach wie vor bestehe. Nur bei Unglücksfällen sollte eine Ermäßigung eintreten. Trotzdem wurde in der Praxis eine Herabsetzung der Steuer auch Lohnarbeitern zugestanden, wenn die Arbeitslosigkeit ununterbrochen zehn Wochen dauerte. Der Arbeiter war also den übrigen Zensiten gegenüber ungünstig gestellt. Der Steuererlaß war gesetzlich nicht festgestellt, auch mußte die zehnwöchige Arbeitslosigkeit nachgewiesen werden, und im günstigsten Falle trat der Steuernachlaß erst vier Monate nach dem Beginn der Arbeitslosigkeit ein.

In Zukunft soll die Frage unter Beibehaltung des jetzigen Modus einheitlich für alle Zensiten geordnet werden, und zwar so, daß während des Steuerjahres infolge des Wegfalls einer Einnahmequelle infolge Arbeitslosigkeit oder infolge außergewöhnlicher Unglücksfälle das veranlagte Jahreseinkommen eines Steuerpflichtigen um mehr als den fünften Teil vermindert worden ist, so kann für das betreffende Steuerjahr vom Beginne des auf den Eintritt der Einkommensverminderung folgenden Monat ab eine dem verbliebenen Jahreseinkommen entsprechende Ermäßigung der Einkommensteuer beansprucht werden. Diese Fassung soll im Einkommensteuergesetz festgelegt werden, so daß die Frage des Steuernachlasses für alle Zensiten einheitlich geregelt ist, gleichviel, ob eine kurze oder längere Arbeitslosigkeit vorliegt. Für den Steuernachlaß ist nur nachzuweisen, daß eine Verminderung des Einkommens um ein Fünftel stattgefunden hat, dies kann auch eintreten, wenn jemand eine schlechter bezahlte Stelle ohne eingetretene Arbeitslosigkeit hat annehmen müssen."

* * *

Freie Gewerkschaften — Zutreiber des Freidenkertums.

In Pirmasens (Pfalz) wurde letzthin von Vertrauensleuten des sozialdemokratischen Schuhmacherverbandes ein von Haß gegen die Religion triefendes Flugblatt verbreitet, worin zum Austritt aus der Kirche und zum Anschluß an den Freidenkerverband Propaganda gemacht wird. Die Arbeiter, so heißt es da, sollten ihre „Kinder vom Religionsunterricht befreien", ihnen die schönen Sonntage nicht durch „die lästige Christenlehre verderben" lassen; die Kosten für „religiöse Unterrichtsmittel" und „die verhaßten Kirchensteuern" könnten die Arbeiter sparen:

„Sie brauchen blos aus der jeweiligen Kirchengemeinschaft auszutreten. Unser Kampfruf gilt nicht bloß den Römlingen, sondern auch den Wittenbergern. . . . Massenaustritte aus der Kirche sei die erste Antwort auf die neuen Steuerzettel. . . . Die neuen Männer der Wissenschaft (!!) haben ein Komitee „Religionslos" gebildet, einen Aufruf über ganz Deutschland erlassen — sollen wir zurücktreten. . . . Nein und tausendmal nein! Wir wollen freie Menschen erziehen. Dazu brauchen wir freie Schulen, die wir uns selbst schaffen können. Treten wir aus der Kirche aus, schließen wir uns an der Organisation der proletarischen Freidenker Deutschlands."

Für Aufnahmen in den Freidenkerverband und Austrittserklärungen aus der Kirche sind fünf Mitglieder des sozialdemokratischen Schuhmacherverbandes angegeben, darunter auch der Verbandsbeamte Ranft, der sogar das Gewerkschaftsbüro für die Freidenkeragitation zur Verfügung stellt. Fügt man noch hinzu, daß auch der Vorsitzende der genannten Gewerkschaftsorganisation, Reichstagsabgeordneter Simon, sich in der gleichen Weise für das Freidenkertum ins Zeug legt, — er hat einen ähnlichen Aufruf in Nürnberg unterzeichnet — so ist das Bildchen dieser angeblich „neutralen" und „freien" Gewerkschaft vollständig. Und so sind sie alle, manche nur nicht so plump.

* * *

Ein Treubruch des Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereins.

In Stolberg (Rhld.) legten bei der Firma William Prym (Fabrik für Druckknöpfe und Nadlerwaren) infolge Maßregelung von vier Vertrauensmännern des christl. Metallarbeiterverbandes und weil den Arbeitern die Gründung eines „gelben" Werkvereins aufgezwungen werden sollte, die Arbeiter mehrerer Abteilungen plötzlich die Arbeit nieder. Wenngleich die Arbeitsniederlegung unter Kontraktbruch von den Organisationsleitungen nicht gutgeheißen wurde, so erklärten sie — einschließlich der des Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereins — doch ihre Zustimmung zu dem Kampfe, da die Firma durch fortgesetzte Akkordreduzierungen, Maßregelungen und vor allem durch die an die Auszahlung einer „Weihnachtsgratifikation" geknüpfte Bedingung, — aus den Gewerkschaftsverbänden auszutreten — zur Arbeitsniederlegung provoziert hatte.

Etwa ein Drittel der Ausständigen gehörte dem Gewerkverein der Maschinenbau- und Metallarbeiter Hirsch-Duncker an, dessen Führer Hartmann-Aachen die Arbeiter in einer entscheidenden Versammlung in der schärfsten Weise zum Kampf aufgefordert hatte.

Am 15. Januar — 5 Tage nach der Arbeitseinstellung — suchte Herr Hartmann ohne Wissen der andern am Kampfe beteiligten Organisationen Verhandlungen nach und führte nach der Erklärung des Firmenvertreters, — „die Mitglieder des Hirsch-Dunckerschen Vereins kommen die Arbeit wieder aufnehmen, die Mitglieder des christlichen Metallarbeiterverbandes aber müssen durch Unterschrift erklären, aus dem Verbande auszutreten" — eine Abstimmung unter seinen Mitgliedern herbei. Den Standpunkt seiner Organisation zu dem Angebot der Firma legte Hartmann in folgenden Worten dar: Die Zugehörigkeit zum Gewerkverein ist unseren Mitgliedern freigegeben, für uns in somit das Organisationsrecht gewährt und fällt damit für uns der Grund zum weiteren Streik weg.

Die Mitglieder der Hirsch-Dunckerschen Vereins beschlossen dann, unter diesen Bedingungen die Arbeit aufzunehmen, was dann am 16. Januar morgens 6 Uhr geschah. Zur Charakterisierung des Verhaltens der Hirsch-Dunckerschen ist noch zu bemerken, daß die Firma die von einer Arbeiterkommission vorgelegten Fragen, — ob die Aussändigen und Gemaßregelten wieder eingestellt würden und ob der Wiedereinstellung Bedingungen in Bezug auf die Zugehörigkeit zur Organisation gestellt werden sollten — bis zum 16. Januar nachmittags 4 Uhr beantworten wollte.

Die Antwort lautete dann: „Von den Mitgliedern des christlichen Verbandes wird niemand wieder eingestellt."

Vermittlungsversuche, die von unbeteiligter Seite unternommen wurden, endeten mit demselben Resultat.

In der Arbeiterschaft herrscht über den Treubruch des Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereins große Entrüstung.

* * *

Lohnbewegungen und Differenzen.

Wenn die vorliegende Nr. der Schneider-Zeitung in die Hände unserer Mitglieder kommt, dürften die Verhandlungen der örtlichen Parteien, soweit der „Adav" bei der diesjährigen Tarifbewegung als Gegenkontrahend in Frage kommt, abgeschlossen sein, und zwar mit völlig negativem Resultat. Dies erklärt sich durch den Umstand, daß die Arbeitgeber durchaus unbefriedigende Angebote machten. Außer der Gewährung von Fornituren, teils in Natura, teils in Geldentschädigung, sind nur äußerst geringe Zugeständnisse und diese nur auf die Grundpreise, gemacht, so daß die Kollegen überall erklären, die Angebote nicht annehmen zu können. Sowein die Damenbranche an der Bewegung beteiligt ist, geht das Bestreben der Arbeitgeber in der Hauptsache dahin, für die Damenbranche Stücklohntarife einzuführen. Dagegen wehren sich die Kollegen, nicht mit Unrecht. Da auch hier die Angebote der Arbeitgeber nicht befriedigen, wird es auch in der Damenbranche nirgens zu einer Einigung zwischen den örtlichen Parteien kommen. Von dem Ausgang der Verhandlungen vor dem Schiedsgericht der Unparteiischen, die am 10. Februar beginnen und in Dresden stattfinden werden, hängt es nun ab, ob die diesjährigen Tarifbewegungen zum friedlichen Abschluß gebracht werden können.

* * *

Ein Riesenkampf

tobt z. Zt. in der amerikanischen Konfektionsindustrie. Ueber 700 000 Personen sollen am Kampfe beteiligt, bezw. in Mitleidenschaft gezogen werden. Seinen Ausgangspunkt nahm der Kampf in der New-Yorker Konfektionsindustrie, droht aber nicht nur auf andere Zweige der Bekleidungsindustrie New-Yorks, sondern auf das ganze Land überzugreifen. Daraus erklärt sich auch die hohe Zahl der durch den Kampf in Mitleidenschaft gezogenen Personen. Die Ursache des Kampfes ist die Ablehnung der Forderungen der Konfektionsschneider auf eine durch die eingetretene Teuerung begründete 20%ige Lohnerhöhung, der Gewährung des Achtstundentages mit Garantie für die Bezahlung der Ueberstunden, Abschaffung der Heimarbeit in Mietshäusern, Anschaffung der Kinderarbeit und reinliche sanitäre Werkstätten. Schon seit Monaten soll nach einer Erklärung der Leitung der National-Organisation der Herrenschneider-Union unter den Arbeitern eine starke Gährung wegen der großen Mißstände und der übergroßen Beschäftigung von Kindern bestehen, die sich nun mit elementarer Wucht Luft macht.

* * *

Verbandsnachrichten.

Mitglieder! wahrt Euch durch pünktliche Beitragszahlung Eure Rechte an den Verband. Wer sich mit seinen Beiträgen im Rückstande befindet, hat keinen Anspruch auf Unterstützung verwirkt.

Mit dem Erscheinen dieser Nummer ist der 4. Wochenbeitrag für 1913 fällig, worauf wir unsere Mitglieder in ihrem eigenen Interesse aufmerksam machen.

Abgerechnet haben bis zum 20. Januar folgende Zahlstellen: Enchenreuth, Kempten, Laupheim, Lindau, Pforzheim, Reichenhall, Ravensburg, Straubing, — Amorbach, Frammersbach, Groß-Wallstadt, Jügesheim, Kissingen, Klein-Wallstadt, Mömlingen, Nantenbach, Obernau, Roßbach, Sulzbach, Somborn, Steinweiler, Schweinfurt, Schwanheim, Wenigumstadt, Wiesbaden, Würzburg, — Aachen, Ahaus, Buer, Crefeld, Rheydt, Trier, — Aurich, Bremen, Bremerhaven, Braunschweig, Norden Stettin, — Beuthen, Königshütte, Kattowitz.

Für oben genannte Zahlstelle liegen die (roten) bestätigten Abrechnungsformulare der Zeitungssendung bei.

Umtausch voller Mitgliedsbücher.

Da in der nächsten Zeit ein größerer Umtausch von Mitgliederbüchern zu erwarten ist, wird folgendes zur Beachtung empfohlen. **Der Umtausch erfolgt kostenlos, d. h. für das neu auszustellende Mitgliedsbuch wird keine Gebühr erhoben, wenn der Umtausch gegen ein volles Buch erfolgt. Auf die 2. Seite des neuen Mitgliedsbuches ist einzutragen: 1) die Nummer des alten Mitgliedsbuches, 2) der Ausstellungsdatum des neuen Buches, 3) wie viel Wochenbeiträge überhaupt seit der Verbandszugehörigkeit geleistet sind, 4) wie viel Wochen der Inhaber des Buches in den letzten 52 Wochen nachweislich krank oder zu militärischen Uebungen einberufen war, 5) wie viel der Inhaber in den letzten 52 Wochen an Reise-, Umzugs und Krankenunterstützung bezogen hat.** Diese Angaben sind von der Ortsverwaltung mit Stempel und Unterschrift zu bescheinigen. Die vollen Bücher können auf Wunsch den Mitgliedern überlassen werden, in diesem Falle ist auf dem Titelblatt der Vermerk **„Ungültig"** zu schreiben, andernfalls sind die vollen Bücher einzuziehen und zu vernichten.

Der Zentralvorstand.
J. A.: A. Schwarzmann.

* * *

Bericht über die Konferenz in Dirschau.

Zwecks Förderung der Agitation fand am Sonntag, den 8. Dezember in Dirschau für die Zahlstellen in Posen, West- und Ostpreußen eine Konferenz statt. Vertreten waren die Zahlstellen Danzig, Dirschau, Graudenz, Marienburg, Marienwerder, Königsberg und Schneidemühl. Mit der Leitung wurden die Kollegen Rolte Breslau und Sprang-Marienburg betraut; als Schriftführer wurde Koll. Mattoll Danzig bestimmt. Zum 2. Punkt der Tagesordnung berichteten die Delegierten über den Stand der Zahlstellen. Kollege **Stawitzki**-Dirschau: Seit einem Jahre haben wir unseren Verband hier eingeführt. Die Lohnbewegung, welche in diesem Frühjahr durchgeführt wurde, brachte den Kollegen bedeutende Erfolge. Bei den karitrenen Firmen sind alle Kollegen bei uns organisiert. Der Hirsch-Dunckersche Gewerkverein besteht bereits 22 Jahre in Dirschau, bis wir überhaupt mal mit unserem Verband anfingen. Die H.-D. haben in der langen Zeit nichts geschaffen; im übrigen sind sie hier die reinste Meisterorganisation. Die Situation ist für uns gut. Wir werden wie bisher erfolgreich weiter arbeiten.

Kollege **Mielke**-Danzig: Unsere Zahlstelle besteht bereits seit dem Jahre 1904. Die Mitgliederzahl war ständig einer Schwankung unterworfen. Seit einigen Wochen haben wir wieder bedeutende Fortschritte gemacht. Nach der monatelangen Bekämpfung von Seiten der „Freien" und Hirsch-Duncker hat sich das Blatt entschieden zu unseren gunsten gewandt. Die pöbelhaften Angriffe und Verdächtigungen der Gegner richten sich von selbst. Bei der letzten Vorstandswahl der Ortskrankenkasse für das Schneidergewerbe erhielten unsere Kollegen Mattoll und Mutorr 91 Stimmen, während die Gegner nur ganze 4 Stimmen aufbrachten. Bemerkenswert ist noch, daß die „Freien" und Hirsch-Duncker mit großem Tam-Tam zum Frühjahr eine Lohnbewegung in allen Branchen einleiteten. Die Vorbereitungen waren zum guten Teil getroffen, und was kam? Eine kalte Dusche. Die Genehmigung zur Lohnbewegung wurde den Hirsch-Duncern und den Sozialdemokraten von ihren Hauptvorständen verfagt. Bei uns in Danzig fehlt es an mehr Mitarbeitern, sonst könnten wir besser vorwärts kommen. Die Mitglieder sind zum Teil zu bequem, um etwas mitzuarbeiten. In diesem Punkte muß es noch besser werden.

Kollege **Wojtaszewski**-Graudenz führte aus, daß die Zahlstelle Graudenz nunmehr ¾ Jahr besteht. Es sei gelungen, die ersten Werkstätten von unseren Kollegen zu besetzen, sodann haben wir noch ein ganz Teil Heimarbeiter als Mitglieder. In diesem Frühjahr haben wir zum erstenmale die Lohnbewegung mitgemacht, die eine 7½%ige Lohnerhöhung brachte. In der Agitation könnten noch bessere Erfolge zu verzeichnen sein, wenn nur die Kollegen am Orte mehr mithelfen würden. Auch bedürfen wir von auswärts Hilfe. Die Situation ist für uns gut.

Kollege **Sprang**-Marienburg. Durch den Verband haben wir schon bedeutende Erfolge erzielt und werden auch für die Zukunft noch mehr erzielen. Leider hat sich eine Anzahl Kollegen durch einen Arbeitgeber ins Bockshorn jagen lassen und hält sich deshalb vorläufig noch der Organisation fern. Der Versammlungsbesuch läßt sehr zu wünschen übrig. Derselbe kann wohl gehoben werden, wenn von auswärts mehrfach ein Redner kommt.

Kollege **Hube**-Marienwerder. Bei uns hat es leider bisher immer noch eine Anzahl Kollegen gegeben, die den Weg zur Organisation nicht finden konnten. In den letzten Monaten haben wir wiederum einen annehmbaren Mitgliederzuwachs gehabt. Die Lohnverhältnisse sind bei uns noch sehr zurück, obwohl wir durch die beiden bisherigen Lohnbewegungen bedeutende Verbesserungen erzielten. In Marienwerder sind meistens verheiratete ansäßige Kollegen, bei denen zum Teil noch eine gute Portion Rückständigkeit anzutreffen ist, doch wir werden mit unserer Aufklärungsarbeit nicht nachlassen.

Kollege **Czesnat**-Königsberg. Wir haben in Königsberg ein schweres Feld, doch lassen wir uns die Arbeit nicht verdrießen. Unter der neuen Leitung wird es auch besser voran gehen. Bei der vor kurzem stattgefundenen Ortskrankenkassenwahl erzielte die christlich-nationale Arbeiterschaft einen glänzenden Sieg. Unsere Liste erhielt 418 Stimmen und die des sozialdemokratischen Schneiderverbandes 257 Stimmen. Es geht somit eine Kasse, die jahrelang von „frei" Organisierten verwaltet wurde, in unsere Hände über. Wir wollen uns Mühe geben, auch in der Agitation ähnliche Erfolge zu erringen.

Kollege **Schulz**-Schneidemühl. Unsere Zahlstelle ist auch bereits einige Jahre alt. Die Gründung erfolgte auf Kosten des „freien" Verbandes, denn die ersten Mitglieder traten alle aus dem „freien" zu unserem Verbande über. Ich bin selber einer davon. Zu Anfang machte uns die Innung Schwierigkeiten. Inzwischen konnten wir, wenn auch nur langsam, unsere Mitgliederzahl vermehren. Wir haben nun mit besonderen kleinstädtischen Schwierigkeiten zu rechnen. Die Zahlstelle würde bedeutend besser wachsen, wenn wir einen besseren Versammlungsbesuch hätten und sich von der Bezirksleitung mehr wie bisher jemand sehen ließe.

Dem hierauf folgenden Referate des Bezirksleiters Koll. Rolte über den „Stand des enger enBezirks" ist zu entnehmen, daß es im letzten Jahre verhältnismäßig gut voran ging. Die Mitgliederzahl ist gestiegen und in den Orten Dirschau und Graudenz konnte der Verband neu eingeführt werden. In den beiden genannten Orten konnten bereits im letzten Frühjahr Lohnbewegungen mit gutem Erfolge geführt werden. Die Beitragsleistung muß besser werden. Es sind in einigen Orten immer noch einige Mitglieder, die es mit dem Beitragzahlen nicht so genau nehmen. Die Beitragsquote muß bedeutend gesteigert werden. Hierauf haben die Kassierer und Vertrauenspersonen besonders ihr Augenmerk zu richten. Sodann muß noch dahin gewirkt werden, daß die höhere Beitragsklasse mehr wie bisher zur Anwendung kommt. In Punkto Agitation muß in den einzelnen Orten mehr getan werden. Wohl sei das Feld schwer zu bearbeiten, aber das darf uns nicht zurückschrecken. Wegen des überaus großen Bezirkes ist es dem Bezirksleiter bisher nicht möglich gewesen, die einzelnen Provinzen in der notwendigen Weise zu bearbeiten, deshalb müssen Mittel und Wege gefunden werden, um diesem Uebel für die Zukunft etwas zu wehren. Durch ein gutes Hand-in-Hand arbeiten der Zahlstellen mit der Bezirksleitung und durch etwaige besondere Tager der Mitglieder bezw. der Lokalkassen wird dies möglich sein. Die Bildung eines Unterbezirks für die Provinzen Posen, West- und Ostpreußen, dem ein Kollege im Nebenamte als Unterbezirksleiter vorsteht, ist notwendig. Auf diese Weise läßt sich die Arbeit mehr einheitlicher gestalten und auch bessere Erfolge erzielen. Weil hierdurch die Zahlstellen besser mit Referenten versorgt werden konnten, entstehen auch erhöhte Ausgaben. Für diese Unkosten müssen nun die Zahlstellen, etwa durch Erheben von Bezirksbeiträgen, selbst aufkommen.

In der hieran anschließenden Diskussion wurde von allen Delegierten die Anstellung eines Unterbezirksleiters als unbedingt notwendig anerkannt. Einmütig wurde gesagt: „Es muß mehr geschehen!" Auch wollen die Zahlstellen zu den Unkosten beitragen helfen. So wurde dann nach längerer Diskussion beschlossen, alle Zahlstellen der genannten Provinzen binden für die Zukunft einen Unterbezirk. Bei jeder Vierteljahrsabrechnung wird 4 Pfg. pro verkaufte Beitragsmarke an die zu gründende Bezirkskasse abgeführt. Das erstemal bei der Abrechnung des 4. Quartals 1912. Während daß Kollege Rolte-Breslau mit der Verwaltung der Bezirkskasse betraut wurde, stimmten die Delegierten für Kollegen Mattoll-Danzig als Unterbezirksleiter. Derselbe füllt diesen Posten im Nebenamte aus.

Nachdem im Punkt Verschiedenes noch einige sonstige Angelegenheiten besprochen wurden, resümierte Kollege Rolte kurz über die gut verlaufene Konferenz und ersuchte alle anwesenden Kollegen, dahin zu wirken, daß die Beschlüsse und Anregungen in die Tat umgesetzt werden. Mit einem dreifachen Hoch auf das Blühen unseres Verbandes, in das die anwesenden begeistert einstimmten, fand die 4½ stündige Konferenz ihr Ende.

* * *

Aus den Zahlstellen.

Liegnitz. Nachdem von den drei Arbeitnehmerorganisationen der seit drei Jahren bestehende Tarif der Konfektionsbranche am 1. Sept. vor. Jhs. gekündigt wurde, sind wir nun endlich nach vieler Mühe allein 12 Sitzungen, oftmals bis 1 Uhr nachts, waren nötig dahin gekommen, daß der Abschluß eines neuen Tarifes erfolgen konnte. Da die Herren Arbeitgeber sich dem Verbande der Konfektionsfirmen inzwischen angeschlossen hatten, so gestalteten sich die Sitzungen ähnlich denen in der Maßbranche und nahm an denselben mehrmals der Syndikus des Verbandes der Konfektionsfirmen Deutschlands, Herr Dr. Stern, Berlin, teil. Es war nicht leicht, die Herren von der Notwendigkeit einer Lohnerhöhung zu überzeugen, lehnten sie jedoch von vornherein rundweg jede Erhöhung des Lohnes ab, ebensowenig wollten sie von einer vollständigen Durchberatung des eingereichten Tarifes etwas wissen. Man war dort der Ansicht, daß der alte Tarif schon im Lohn hoch genug sei, ebenso war er den Herren umfangreich genug und wollte man von einer Hineinbringung neuer Positionen erst recht nichts wissen. Nachdem man von unserer Seite durch die betr. Bezirksleiter und die Lohnkommissionsmitglieder genügend dargelegt hatte, wie notwendig die Erfüllung unserer Wünsche, angesichts der bestehenden Teuerung sei, verstand man sich doch dazu, uns entgegenzukommen. So sind wir nun nach und nach so weit gekommen, daß wir bei der Stapelkonfektion eine Lohnerhöhung von mindestens 7% durchsetzten, hierzu kommt bei den Saktos Serie 1—3 noch die Bezahlung des Roßhaarplatz (10 Pfg. pro Stück). In diesen Serien war derselbe bisher frei, ebenso der Hosenschoner in Serie 1—8 (5 Pfg. pro Stück) ebenfalls bisher frei. Auf die alten Preise bei den Westen wird ein Lohnzuschlag von 7% auf die Totallieferungssumme gezahlt. Außerdem wurde uns auf den bestehenden Maßkonfektionstarif eine Erhöhung der Grundlöhne von 10% bewilligt und hierzu treten wie bei der Stapelkonfektion noch neue Positionen bezw. Extraarbeiten. Alles in allem 10—12%ige Erhöhung im Durchschnitt. Unerläßlich ist es nun, den Tarif genau zu studieren und bei zweifelhaften Fällen die Versammlung aufzusuchen und Aufklärung zu verlangen. Solche Erfolge lassen sich aber nur erringen, wenn die Organisation so allgemein ist, wie es hier der Fall war, und wir dürfen uns rühmen und zwar mit Recht, daß unser Verband in diesem Fall wie immer seine Pflicht vollständig getan und die Interessen der Mitglieder gewahrt hat. Aber ein weiteres: Alle Erfahrungen haben gelehrt, daß es fast schwerer ist, das Errungene zu halten als überhaupt Forderungen durchzusetzen. In der Regel werden Mitglieder lau nach der Bewegung. Das kann und darf nicht sein. Das große Interesse, das die Mitglieder während der Lohnbewegung der guten Sache entgegenbrachten, müssen sie auch fernerhin hier entgegenbringen und die Versammlungen fleißig besuchen. So kann es niemals vorkommen, daß ein Mitglied aus Unwissenheit durch die Ueberredungskunst einzelner Personen sich zu Tarifdurchbrechungen verleiten läßt. Merke dir: **Der Abschluß eines Tarifs und die mit ihm verbundenen Mühen sind vollständig zwecklos, wenn er nicht in allen Teilen vollständig durchgeführt wird.** Auch die Maßschneider seien an dieser Stelle an diese Pflicht ermahnt. Ein regerer Besuch der Versammlungen und eifriger Diskussion in derselben ist überhaupt unbedingt erforderlich und darf es nicht immer vorkommen, daß man nur dieselben wenigen Gesichter sieht, die man in der vorherigen Versammlung sah. Nicht nur in fröhlichen Stunden beim Ball, nein, auch zu den Versammlungen finde man sich vollzählig ein.

Oldenburg. Am Montag, den 13. Januar hielt unsere Zahlstelle ihre 10. Generalversammlung ab, die einen außergewöhnlich starken Besuch aufwies. Die zu erledigende Tagesordnung ließ allerdings auch einen starken Besuch der Versammlung erwarten. Wie bekannt sein wird, befinden wir uns in einer Lohnbewegung, in deren Verlauf bis jetzt eine einzige Verhandlung mit dem Adav stattgefunden hat. Am 11. Januar ging uns ein Schreiben vom Adav zu, wozu die heutige Mitgliederversammlung Stellung zu nehmen hatte, da es sich um das Angebot einer Lohnzulage handelte.

Das Schreiben hatte folgenden Wortlaut:

Oldenburg, 10. 1. 1913.

An den Verband christlicher Schneider und Schneiderinnen, z. H. des Herrn P. F. Lechleiter, hierselbst.

Nachdem Sie den Tarif gekündigt und uns Ihre Forderungen vorgelegt haben, bieten wir Ihnen mit Rücksichtnahme der Verschiedenheit der meisten Firmen in eine höhere Lohnklasse einen Lohnzuschlag von 3% auf den gekündigten Tarif. Dieses Angebot bezieht sich jedoch nur auf die Grundlöhne für Größ- und Akkordstücke des Zivil- und Uniformtarifes, während sämtliche Extraarbeiten, Lieferungstarife, Tarif für Damenschneiderei und Stundenlöhne hiervon ausgeschlossen sind.

Wir erbitten Ihre gefl. Äußerung und zeichnen

Hochachtungsvoll! (folgen Unterschriften.)

Nachdem Kollege Lechleiter dies Schreiben zur Kenntnis gebracht hatte, setzte er der Versammlung die Tragweite des Angebots auseinander. Satz für Satz wurde eingehend erläutert, und die vom Redner angeführten Tatsachen bezeugen erkennen, daß das Angebot des Adav nicht bloß abzulehnen sei, sondern auch die Gründe der Ablehnung mußten dem Adav mitgeteilt werden. Folgendes Antwortschreiben wurde verlesen und einstimmig beschlossen, an den Adav abzusenden.

Oldenburg, 14. Jan. 1913.

Titl. Ortsgruppe Oldenburg des Adav. z. H. des Herrn Fr. Spangemacher, hier.

Antwortlich Ihres Schreibens vom 11. 1. 13 teilen wir mit, daß unterz. Verband das Angebot einer Lohnzulage von 3% ganz entschieden und einstimmig ablehnt.

Die am 13. 1. 13 stattgefundene stark besuchte Mitgliederversammlung erwartet, hinsichtlich der herrschenden Teuerung und im Interesse eines friedlichen Ausgleiches vom hiesigen Adav ein erneutes Angebot betr. Lohnzulage, das obigen Verhältnissen entsprechend gehalten ist.

Keinesfalls dürfen einzelne Kategorien Arbeiter von einer Lohnerhöhung ausgeschlossen werden, wie es das uns überreichte Angebot vorsieht.

Auf Grund Ihres Angebotes wurden über hundert in erstklassigen Firmen beschäftigte Arbeiter kaum berührt. Wir beantragen daher mit Rücksicht auf die vorstehend erwähnte Tatsache folgendes: „Es ist eine neue Tarifklasse 1. zu schaffen, die die bisherigen Firmen erster Klasse zu gleichem Lohnaufschlag verpflichtet, wie es bei den in eine höhere Tarifklasse versetzten Firmen tatsächlich der Fall ist."

Zur Begründung dieses Antrages führen wir an, daß Sie, — Ihrem Angebot zu Folge — **die in eine höhere Tarifklasse versetzten Firmen zu einer Lohnzulage von eventuell 13% verpflichten wollen,** während ausgesprochen — **9 Firmen erster Klasse** — mit über 100 Arbeitern, **nur drei Prozent anbieten.**

Ferner halten wir unsere Forderungen, wie solche eingereicht, in vollem Umfange aufrecht.

Zu weiteren Verhandlungen jederzeit bereit erklärend, zeichnen

Hochachtungsvoll! (Unterschrift.)

Dieses Schreiben wurde am 14. 1. 13 dem Adav übermittelt.

Soviel uns bekannt ist, hat der freie Verband nur die nackte Ablehnung des Angebots dem Adav mitgeteilt, ohne weiteren Antrag gestellt zu haben.

Unser Antrag beweist aber auch den Kollegen, daß in unseren Reihen praktische Gewerkschaftsarbeit, kein Fremdwort ist. Mag sein, daß der Antrag von unserer Zahlstelle für „Viele" ein Dorn im Auge ist, den „Meisten" wird er aber aus dem Herzen gesprochen sein. Hier haben wir den vollen Beweis, mit welchem „ruhrigem" Eifer ersterstklassige Firmen die Interessen der übrigen Tarifklassen wahrnehmen. Alle Mitglieder waren mit dem selbständigen Vorgehen unserer Leitung während der Lohnbewegung voll und ganz einverstanden.

Zum 2. Punkt der Tagesordnung gab der Vorsitzende bekannt, daß wegen der vorgeschrittenen Zeit der Jahresbericht in der nächsten Versammlung zur Kenntnis gebracht werde, womit man sich ohne Ausnahme einverstanden erklärte. Bezüglich der Vorstands- und sonstigen vorzunehmenden Wahlen richtete unser 1. Vorsitzender einige beherzigenswerte Worte an die Versammlung. Das Resultat der Vorstandswahl war folgendes: Koll. Lechleiter, welcher seit Gründung der Zahlstelle im Jahre 1903, 1. Vorsitzender war, wurde einstimmig wiedergewählt, Aug. von Handrup, bisheriger 2. Vorsitzender, M. Tiel, unser langjähriger Kassierer, L. Mönnig, Schriftführer, wurden ebenfalls einstimmig wiedergewählt. Eine Wahl der Vertrauensleute war nicht notwendig, da die bisherigen in anerkennenswerter Weise sich auch weiterhin zur Verfügung stellten, desgleichen trat Koll. Grefemeyer ebenfalls das Amt eines Vertrauensmannes freiwillig an. Auch die übrigen Posten waren bald besetzt.

Im Namen der Ortsverwaltung dankte Koll. Lechleiter für das von den Mitgliedern entgegengebrachte Vertrauen, und versprach, auch fernerhin werde die Ortsverwaltung ihre Pflichten erfüllen, erbat aber auch die allseitige Mitarbeit der Mitglieder. Nachdem noch einige kleinere Sachen erledigt, erfolgte Schluß der gut verlaufenen Generalversammlung, mit dem Bemerken, daß zur Fortsetzung dieser Versammlung ein noch stärkerer Besuch erwünscht ist.

* * *

Rundschau.

Krankenkassenverbände und Leipziger Aerzteverband.

Erklärung.

Die Krankenkassenzentralverbände, welche die Interessen von über 14 Millionen Versicherten vertreten, Arbeitgeber, Angestellte und Arbeiter aller Parteien in sich vereinigen, und in der Aerztefrage in allen Punkt einhellig einig gehen, haben bereits bei früherer Gelegenheit kundgegeben, daß sie den dringenden Wunsch hegen, mit den Aerzten in Frieden zu leben und eine Verständigung auf allgemeiner Grundlage herbeizuführen. Nachdem die vom Reichsamt des Innern in dankenswerter Weise eingeleiteten Einigungsverhandlungen zwischen den Verbänden der Krankenkassen und der Aerzte vorläufig gescheitert sind, halten es die Krankenkassenverbände für geboten, vor der Oeffentlichkeit folgendes festzustellen:

1. Die Krankenkassenverbände waren bereit, an den Einigungsverhandlungen teilzunehmen auf der Grundlage, die in der Einladung des Herrn Staatssekretärs Dr. Delbrück zu einer Konferenz im Reichsamt des Innern am 13. November 1912 gegeben war. Die Krankenkassen hatten sich hierzu unter Zurückstellung schwerer Bedenken entschlossen und obwohl sie nach ihrer aufrichtigen Ueberzeugung durch die Fassung des Entwurfs der Vereinbarung bei den Verhandlungen von vornherein in eine ungünstige Stellung gebracht waren. Demgegenüber ist der Leipziger Aerzteverband trotz wiederholter Vorstellungen der Reichsregierung dabei verblieben, daß er Vertreter zu den Einigungsverhandlungen nur dann entsenden werde, wenn die Teilnahme der Aerzte daran auf die Aerztekreise seiner Richtung beschränkt werde. Mit Recht hat es Herr Staatssekretär Dr. Delbrück abgelehnt, sich von dem Leipziger Verband in dieser Beziehung Vorschriften machen zu lassen, und erklärt, daß der Leipziger Verband das Zustandekommen einer Konferenz verhindern will, und somit die Verantwortung für das Scheitern des Vermittelungsversuches der Regierung trägt.

2. Die gesamten Krankenkassenzentralverbände sprechen sich weiter einmütig aus gegen Sonderverhandlungen zwischen Krankenkassen- und Aerztekreisen für einzelne Bundesstaaten, weil nach ihrer Ansicht auf diese Weise der herbeigesehnte Friede in vollem Umfange nicht zu erreichen ist. Keine der beiden Parteien würde bei solchen Einzelverhandlungen mit vollkommener Freiheit vorgehen können, weil sie sich durch Rücksichten auf die Gesamtlage gebunden fühlen würde. Einigungsverhandlungen können nur dann Zweck haben, wenn sie durch die Zentralverbände und für das ganze Reich geschehen.

3. Der Leipziger Aerzteverband steht den Krankenkassen kampfbereit gegenüber; er hat für einen allgemeinen Kampf einen Millionenfonds angesammelt, er hat örtliche Aerztevereinigungen geschaffen, die rein wirtschaftliche Zwecke verfolgen. Diese Vereine sollen in Zukunft allein noch Verträge schließen mit den Krankenkassen und den anderen Körperschaften, welche auf die Aerzte angewiesen sind. Nach dem Willen des Leipziger Verbandes sollen in Zukunft die einzelnen Aerzte überhaupt keine Verträge unterzeichnen. Den Krankenkassen ist es in Wahrung ihrer wichtigsten Interessen und ihres Bestandes unmöglich, die zur Genüge bekannten Forderungen des Leipziger Verbandes zu erfüllen. Bei dieser Sachlage und bei der drohenden Kampfesstellung des Leipziger Verbandes müssen die Krankenkassen erwarten, daß entweder ihnen die ärztliche Hilfe, nötigenfalls durch beamtete Aerzte, sichergestellt wird, oder daß sie in Streitfällen von der Gewährung der ärztlichen Behandlung entbunden und alsbald ermächtigt werden, an deren Stelle die im Gesetz vorgesehene Geldleistung zu geben.

Hauptverband deutscher Ortskrankenkassen, Dresden.
Hauptverband deutscher Betriebskrankenkassen, Essen.
Gesamtverband deutscher Krankenkassen, Essen-Köln.
Allgemeiner deutscher Knappschaftsverband, Berlin.
Verband deutscher Innungskrankenkassen, Hannover.
Zentrale für das deutsche Krankenkassenwesen, Berlin.

Fachtechnisches.

Ueber Anatomie des menschlichen Körpers.

Nachdruck verboten.

Für jeden Fachmann, der in seinem Fach vorwärts strebt, ist es sehr wichtig, sich mit dem menschlichen Körper vertraut zu machen, da nur auf Grund dieses Wissens die Maße richtig genommen und die Kleidungsstücke passend hergestellt werden können, denn genaues Maß nehmen ist halbes Zuschneiden. Man erspart sich dadurch viel Arbeit und Mühe.

Zur Anleitung führe ich daher den Lesern einzelne Normalfiguren vor, welche nach der Natur gezeichnet sind. Durch das Studium derselben ist Gelegenheit geboten, sich die nötigen Kenntnisse über den menschlichen Körperbau zu erwerben oder die vorhandenen zu erweitern.

Dies ist um so nötiger, als nur etwa 50 Prozent unserer Mitmenschen normal proportioniert sind, während 40 Prozent mehr oder weniger von den normalen Verhältnissen abweichen. Der Rest von 10 Prozent verteilt sich auf die anormalen Körperbildungen, wie Zwergwuchs, Fettleibigkeit, Höckerbildung und dgl. m.

Fürs erste will ich nun meine Leser mit den einzelnen Teilen eines Skelettes bekannt machen. Die Kenntnis desselben ist nötig, da sämtliche Meßpunkte auf einen bestimmten Knochen des menschlichen Körpers fallen.

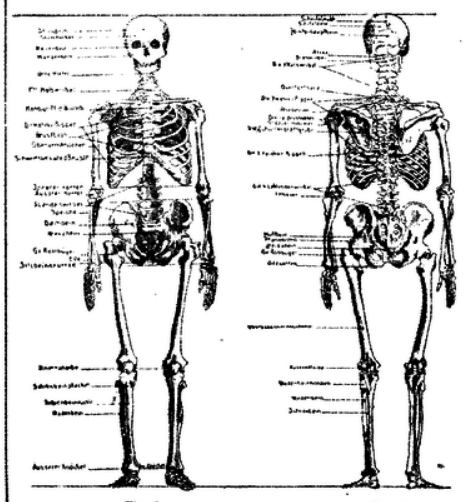


Fig. I Fig. II

Figur 1 zeigt die Vorderansicht und Figur 2 die Rückansicht eines Skelettes. Die Namenbenennungen an den beiden Skelettzeichnungen bezeichnen dem Leser die besonders unser Fach betreffenden Hauptknochen des menschlichen Körpers, im Gegensatz zu den meisten Tieren ist die aufrechte Haltung. Was bedingt nun die dauernde Annahme dieser Körperhaltung? In erster Linie ist es die Wirbelsäure, in der 24 bewegliche Knochen nämlich 7 Halswirbel, 12 Brustwirbel und 5 Lendwirbel sowie das Kreuzbein und Steißbein übereinander aufgeschichtet sind. Ein Knochen ruht auf dem andern und alle sind ziemlich fest untereinander durch starke Bänder zusammengehalten. Eingehüllt ist dieses Knochengerüst von mächtigen Muskeln, welche zu beiden Seiten der Wirbelsäule als mächtige Fleischwulste auftreten, Rückenstrecker genannt. Dem äußerlich sichtbaren Muskelpolster am Rücken entspricht ein ebenso mächtiges Muskelpolster im Innern der Leibeshöhle, die Lendenmuskeln, welche längs der äußerlich nicht sichtbaren Vorderseite der Wirbelsäure zum Becken und den Beinen herunterlaufen, denen die langen Rückenstrecker an der Außenseite das Gegengewicht halten. Werden diese Muskeln schlaff durch Alter, Krankheit oder Ermüdung, so ist der runde Rücken und der gebückte, schleppende Gang die unausbleibliche Folge. Wenn wir die Aufgaben verfolgen, welche der Wirbelsäure gestellt sind, so finden wir, daß sie zunächst und unmittelbar den Rippenkorb, sodann mittels des Schultergürtels die beiden Arme und oben den Kopf trägt. Der Brustkorb (Rippenkorb) besteht aus einem Spaarenwerk von 24 beweglichen Rippen, die den Bewegungen der Wirbelsäule folgen können und noch eine selbständige Bewegung für Ein- und Ausatmen zur Erweiterung des Brustkastens haben. Die Knochen, welche die Schultern bilden, sind beweglich; der Beckenring bildet ein fest geschlossenes Ganzes. An dem letzterenkommt noch eine größere Festigkeit zustande durch gewisse Veränderungen an d enuntersten Gliedern der Wirbelsäule, welche sich verbreiten und zum Kreuzbein ausgewachsen sind.

Beim Kinde sind die einzelnen Glieder dieses Saulenstückes noch getrennt, beim rEwachsenen bilden sie ein einziges, breites Knochenstück.

Dasselbe hat die Aufgabe, als breite Stütze zu dienen zwischen Kuckgrat und den Beinen; es bildet zugleich den keilförmig eingeordneten Schlußstein in dem Beckengürtel, an dem sich die Gelenkpfannen für die Oberschenkel befinden. An seiner breiten höckrigen Hinterfläche setzen sich die starken Muskeln an, die wir als Rückenstrecker bereits oben erwähnten.

Die breite Ausladung des Beckens bietet sehr günstige Anhettungsstellen für die mächtigen Muskeln, die zu den Knochen der Ober- und Unterschenkels verlaufen. Durch den fest geschlossenen Beckenring ist die Kräftigkeit der Muskeln vermehrt und wird gleichzeitig die Last des Oberkörpers gleichmäßig auf die beiden Beine verteilt. An der Seite einer jeden dieser beiden großen Beckenhalften befindet sich eine tiefe Aushohlung, die Gelenkpfanne, in welcher der Kopf des Oberschenkelknochens eingepreßt ist. Die Knochen des Beines fallen auf durchihre Länge, welche an die Gesamtlänge des Kopfes und Oberkorpers heranreicht. Der Oberschenkel besitzt den sogenannten Schenkelhals. Es ist derjenige walzenförmige Teil des Knochens, welcher an seinem Ende den kugelförmigen Gelenkkopf hat, der in die Pfanne des Beckens paßt. Vom Becken aus ruht in schräger Richtung die Last des Oberkörpers auf dem Schenkelhals und wird von hier aus in einem Winkel auf das senkrecht stehende Bein übertragen. Durch die Länge des Schenkelhalses sind eine ganze Reihe von besonderen Bewegungen und Drehungen ermöglicht. Die breiten Hüften des Menschen sind eine Folge dieses langen Schenkelhalses, ebenso sind die damit in Verbindung stehenden mächtigen Hüftenmuskel nur dem Menschen eigentümlich.

Es gilt dies auch besonders von den Gesäßmuskeln, von denen mit Recht behauptet wird, daß sie ein kennzeichnender Unterschied der Menschen von den Tieren seien. Die Oberschenkel selbst verlaufen schräg von der Hüfte herab und liegen in der Beingegend ziemlich dicht aneinander. Der Unterschenkel besteht aus zwei Knochen, die fast unbeweglich miteinander verbunden sind, wodurch die Festigkeit der Beine zum Tragen des Rumpfes erhöht wird, der kleine Knochen, das Wadenbein kommt mit den Unterschenkelknochen gar nicht in Berührung; das Schienbein bildet mit dem Oberschenkel zusammen das Kniegelenk, welches eine breite wagerechte Stützfläche bietet für das verbreiterte untere Ende des Oberschenkelbeines.

Die Muskeln, welche die Oberschenkel beugen, liegen an der Rückenfläche des Beines, die Streckungsmuskeln an der Vorderseite; letztere sind besonders stark entwickelt. Auch der menschliche Fuß ist eigenartig gebaut. Beim Geradestehen ist derselbe dem Unterschenkel rechtwinkelig angegliedert und hat eine breite Grundfläche zum leichten Innehalten der Gleichgewichtsstellung. Die Knochen des Fußes sind: Sprungbein, Fersenbein, Mittelfuß und Zehenknochen. An dem Fersenbein ist die Bildung der Hacke auffallend. Auf diesem hinteren Ende des Knochens setzen sich die Muskeln an, welche die Waden bilden. Die Entwicklung dieser Muskeln ist merkwurdig stark. Diese Eigentümlichkeit wird erklärlich, wenn man sich daran erinnert, daß auch diese Muskeln dazu bestimmt sind, die Last des Oberkörpers, sowohl im Gleichgewicht zu halten als auch zu heben, besonders bei der Stellung auf die Zehenspitze. Aehnlich wie am Becken sind an der Schulter die Knochen der Arme zu einem, wenn auch nicht geschlossenen Gürtel vereinigt. An die Stelle der 2 festen Beckenhälften treten hier 4 Knochen, auf jeder Seite ein Schlüsselbein und ein Schulterblatt, an deren Außenseite eine kleine flache Gelenkstelle, das Achselgelenk liegt. Das Schulterblatt hat mit dem Brustkasten und dem Rumpf keine unmittelbare Verbindung, ist aber durch eine ganze Reihe von Muskeln festgehalten. An das beweglich angeheftete Gelenk zwischen Schlüsselbein und Schulterblatt setzt sich das Oberarmgelenk an. Die Gelenkpfanne am Schulterblatt ist klein, der zugehörige Kugelabschnitt der Arme verhältnismäßig groß. Beide Knochen sind zu einem Gelenk mittels lockerer Bänder festgehalten.

Die Gelenkfläche zwischen Ober- und Unterarm des Menschen ist im Gegensatze zu der nach außen gerichteten Schultergelenkfläche nach vorn gerichtet. Der Vorderarm besteht wie der Unterschenkel aus zwei Knochen, die sich aber im Gegensatz zu den Unterschenkelknochen um einander drehen können. Ihr Name ist Elle und das Endglied der Arme, die Hand, bestehend aus Handwurzel, Mittelhand und Fingern, ist wunderbar eingerichtet für die Ausführung der schwierigsten Tast- und Greifbewegungen; den meisten Anteil daran hat der Daumen, der selbständig den anderen Fingern gegenüber gestellt ist und die zangenartigen Greifbewegungen vermittelt. Am Schädel, der senkrecht auf der Halswirbelsäule sitzt, sind der Gehirnteil und der Gesichtsteil zu unterscheiden. Gegenüber den Tieren ist der erstere Teil beträchtlich stärker entwickelt und dementsprechend treten die Gesichtsknochen, besonders die Kinnladen beim Menschen mehr zurück.

I. M. Wirtz, Cöln.

Christliche Gewerkschaften und katholische Gesellenvereine. Das Verhältnis zwischen christlichen Gewerkschaften und katholischen Gesellenvereinen ist schon seit Jahren das denkbar beste. In den Großstädten Cöln, Düsseldorf, Essen, München gehören teilweise bis zu 90% der Mitglieder der Gesellenvereine auch zugleich den christlichen Gewerkschaften an. In seiner Nr. 49, 1912 befaßt sich das Organ der katholischen Gesellenvereine, das „Kolpingsblatt", mit der durch die papistische Enzyklika geschaffenen Lage und sagt zum Schlusse zusammenfassend:

„Schon aus den vorstehenden Darlegungen ergibt sich, daß sich auch an der Stellung des Gesellenvereins zu den christlichen Gewerkschaften nichts ändert und verschiebt; sie bleibt dieselbe wie bisher.

1. Ausgeschlossen ist durch unser Verbandsstatut der korporative Anschluß irgendeines Vereins oder einer Vereinsabteilung an die christlichen Gewerkschaften oder die katholischen Fachabteilungen.

2. Dagegen ist es in den heutigen Zeitverhältnissen gebieterische Pflicht, das einzelne Mitglied zum Anschluß an diejenige Organisation zu veranlassen, die sich seiner wirtschaftlichen Interessen am besten annimmt, und dadurch zugleich die Sache der christlich-nationalen Arbeiterbewegung zu fördern.

3. Wie die Verhältnisse einmal liegen, kommen bezw. für uns fast ausschließlich die christlichen Gewerkschaften in Betracht, denen stellenweise bereits bis zu 90% unserer Mitglieder angehören, während ihnen an anderen Orten gemäß noch manches Mitglied aus unseren Reihen zugeführt werden könnte. Den Forderungen der Enzyklika ist dabei durch die Zugehörigkeit zum katholischen Gesellenverein mit seiner intensiven religiösen Betätigung im weitgehendsten Maße genügt.

4. Prinzipiell ist unsere Stellung zu den katholischen Fachabteilungen natürlich dieselbe; praktisch sind sie für uns deshalb ohne Bedeutung, weil ihnen fast keine Gesellenvereinsmitglieder angehören.

5. Eifriger noch als bisher möge man endlich in allen Gesellenvereinen darauf hinwirken, daß die Mitglieder der sozialdemokratischen Gewerkschaften — einschließlich des Buchdruckerverbandes — aus unseren Reihen verschwinden."

Soziale Wahlen. Die am 20. Januar getätigte Wahl zum Gesellenausschuß der Schneiderzwangsinnung in Barmen brachte unseren Kollegen einen vollen Erfolg, indem sie auf die von ihnen aufgestellten Kandidatenliste die Mehrheit vereinigten. Der Sieg unserer Kollegen ist um so beachtenswerter, als sie die ersten des Wuppertales sind, welche in den handwerklichen Berufen einen so durchschlagenden Erfolg zu verzeichnen haben; aber auch ein Beweis, daß es in roten Hochburgen bei zielbewußter, ausdauernder Arbeit möglich ist, dem christlichen Gewerkschaftsgedanken eine Gasse zu bahnen. Der Ausfall der Wahl rief bei den Gegnern große Enttäuschung hervor. Jetzt haben sie gesehen, daß die „paar Christlichen in Barmen" doch was zu sagen haben. An unseren Kollegen liegt es nun, weiter dafür zu sorgen, daß ihr Einfluß nicht nur in Barmen, sondern im ganzen Wuppertal noch mehr gefestigt wird.

* * *

literarisches.

Reichsversicherungsordnung mit Einführungsgesetz. 544 S. 8°. M. 2.— geb. Volksvereinsverlag G. m. b. H. Das Werkchen bringt nicht nur den ganzen Gesetzestext mit ausführlichen und leicht verständlichen Erläuterungen, sondern berücksichtigt neben den Bestimmungen des Einführungsgesetzes auch eingehend die Ausführungsbestimmungen für die wichtigsten Bundesstaaten. So dürfte es wohl das am leichtesten verständliche, das umfassendste und auch das billigste sein.

* * *

Adressenänderung.

Zwickau. Vorsitzender Kollege Franz Stich verzogen nach Mühlgrabenweg 21, Hs. 1.

Zahlstelle Barmen.

Einladung

zu der am **Montag, den 27. Januar, abends** punkt 8½ Uhr stattfindenden

Generalversammlung

im Lokale des Herrn Friedr. Lindermann, Oberdornerstr. 69.
Es ladet ergebenst ein

Der Vorstand.

Anderweitige Einladungen ergehen nicht.

Arbeitsnachweis.

4 Schneider-Gesellen

davon 3 für Großstück und 1 Hosenmacher für ländliche Gegend gesucht. Organisierte Kollegen sind schon am Ort beschäftigt.

Näheres bei

Joh. Lätter, Barmen,
Zeughausstr. 51.

Jüngeren Schneider

auf Herren- und Damenlochen zum in die Hand arbeiten sucht sofort

H. Kraus, Solingen,
Bruderstr. 39.

Perfekter Damenschneider und Schneider für Herren- und Damensachen

nach **Fulda** gesucht

Näheres bei Kollegen **Knieriem**, Schweinemarkt 10.

Einige Groß- und Kleinstückmacher

nach **Konstanz** am Bodensee gesucht.

Näheres durch Kollegen **Karl Keller**, Gartenstr. 14.

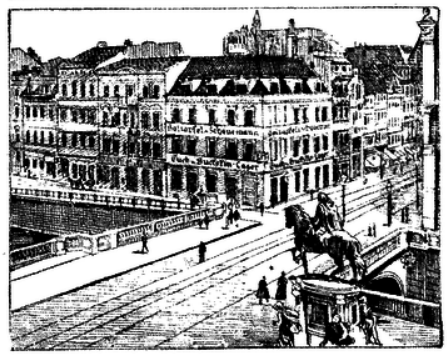
Paris. Der Arbeitsnachweis der christlichen Gewerkschaften befindet sich im Hotel Violet, Boulevard, Grenelle 96, wohin event. briefliche Anfragen zu richten sind.

Sekretariat chrètien
Paris.

Verbandsmitglieder! Meldet Euch im Falle der Abreise bei der Ortsverwaltung ab und an Eurem neuen Aufenthaltsort an.

Zugereiste Mitglieder! Erkundigt Euch vor Arbeitsannahme bei der Ortsverwaltung über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse. Ihr bewahrt Euch dadurch in vielen Fällen vor Schaden.

Inhalt: Ein Pionier des sozialen Fortschritts. — Christliche Gewerkschaften und kath. Arbeitervereine. — Weil sie als Unorganisierte kein Recht hätten. — Eine sozialdemokratische Frechheit. — Steuerleistung und Arbeitslosigkeit. — Freie Gewerkschaften - Zutreiber des Freidenkertums. — Ein Treubruch des Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereins. — Lohnbewegungen und Differenzen: Ein Riesenkampf. — Verbandsnachrichten. — Bericht über die Konferenz in Dirschau. — Aus den Zahlstellen: Liegnitz. Oldenburg. — Rundschau: Krankenkassenverbände und Leipziger Aerzteverband. Christliche Gewerkschaften und katholische Gesellenvereine. Soziale Wahlen. — Literarisches. — Adressenänderung. — Arbeitsnachweis. — Fachtechnisches. — Inserate.



Holzapfel & Schönemann

Inhaber: Karl Eduard Oskar Schönemann

Tuch-Groß-Handlung

Berlin-Mitte, Königs-Straße 69 an der Kurfürstenbrücke.

Fernsprecher: Amt 1, Nr. 8369 und 11021.

Proben werden bereitwilligst verabfolgt!

Lewinski & Lewy, Berlin C.

Spandauerstr. 9

Spezialgeschäft für Futterstoffe

empfehlen besonders die anerkannt soliden u. nicht knitternden Qualitäten

SATINELLA

glatt und gemustert mit reinwollenem Schuss

Fabrikmarke.

Fabrikat Jung & Simons :: Ersatz für Seide

150 Schnittmuster

kosten nur **Mk. 2.00.**

Für Knaben- und Mädchenbekleidung, in jedem Alter, für jede Form u. Machart passend.

L. Müller, Schwerin,
Lübeckerstr. 58.

Achtung! Kollegen!

Selten günstige Gelegenheit bietet sich durch Selbstunterricht zur gründlichen Ausbildung im Zuschneiden von Damen- und Herrengarderoben nach Jeinfachstem System der Gegenwart. Dieses System, nach welchem ich mit bestem Erfolge praktisch arbeite, ist jedem vorwärtsstrebenden Kollegen bestens empfohlen. Jedes Buch für den Selbstunterricht statt 10 Mk. nur 1,75 Mk. Nachnahme 85 Pfg. A. Orth, Zuschneider, Berlin, Swinemünderstr. 122.

Genua-Cord (Manchester)

schwer 10 m à 16,50, schwerer Zwirn à 18,50, schwerste Qualität mit Zwirnkette à 20,50 Mark

franko Nachnahme versendet alle Farben

Mechanische Weberei Th. Lensing, Bocholt.

Nur an Schneidermeister.

Zittauer Nähfäden

Marke Dreieck

Nähfadenfabrik Zittau

Alle Verbandsmitglieder

welche beabsichtigen, eine Fachlehranstalt zu besuchen, werden hiermit auf die am 3. Februar beginnenden

fachtechnischen Lehrkurse

aufmerksam gemacht. Durch erstklassige, langjährig erfahrene Lehrkräfte werden alle nur denkbaren Fächer der Herren- oder Damenschneiderei behandelt. Lehre über: Schnittzeichnen, praktisches Zuschneiden, richtiges Anprobieren, Modellentwerfen, Skizzieren etc. etc. Zeitdauer 4 Wochen. Verbandsmitglieder erhalten 10% Rabatt. Verlangen Sie bitte ausführlichen Prospekt (kostenlos) von der

Modenakademie Rückert, Nürnberg 3
hinterm Bahnhof 34.

Gegründet 1894. Für hervorragende Leistung prämiiert. Leiter mehrerer :: staatlicher Meisterkurse und solche zahlreicher Verbandsfilialen! ::

Nun habe ich einen Zuschneider gefunden!

der meine Kunden voll und ganz zufrieden stellt. Woran liegt das? Er läßt zu allen Anzügen und Paletots nur noch den Patent-Wattierungsstoff

„Der Lorbeer"

verarbeiten. Er ist ja auch der vollkommenste Wattierungsstoff der Gegenwart für feinere Maßarbeit, wie ihre Kollegen urteilen.

Alleinige Lieferanten:

Osw. Hahn & Homburg, Elberfeld.

Probecoupons à 10 Meter zu Mk. 20.— Prospekte und Broschüre gratis.

Alleinverkauf für Berlin: **Rud. Pieper, Lindenstr. 27.**

Vertreter für Berlin: **Otto Lühmann, Berlin-Friedenau.**